

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 53. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Mai 2009, 10 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

i. V. v. Hans Müller

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Abg. Kayenburg (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Subsidiaritätsnetzwerk des Ausschusses der Regionen	4
Berichterstatter: Dr. Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen	
2. Ostseestrategie der Landesregierung	6
Umdruck 16/4193	
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa	
3. Aktueller Sachstand zur Vorbereitung des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin	8
Berichterstatter: Abg. Hartmut Hamerich	
4. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2009	9
Umdruck 16/4253	
5. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Subsidiaritätsnetzwerk des Ausschusses der Regionen

Berichterstatter: Dr. Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen

Der Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Dr. Gerhard Stahl, trägt die in Anlage 1 zu dieser Niederschrift angefügte Präsentation vor.

Auf eine Frage des Abg. Ritzek zur Zukunft des Subsidiaritätsnetzwerks führt Herr Dr. Stahl aus, man hoffe mit den rund 100 Partnern die bisherige Arbeit fortsetzen und neue Themen aufgreifen zu können, zum Beispiel eine Diskussion über Kommissionsvorschläge, bevor diese verabschiedet würden. Es sei ein Angebot zu politischer Diskussion und kein normiertes Verfahren. Das Subsidiaritätsnetzwerk könne der Kommission Hilfestellung geben, welche der geplanten Gesetzesvorhaben schon im Vorfeld von den Regionen im Hinblick auf ihre Auswirkungen bewertet werden könnten. Er erläutert dies am Beispiel der Diskussion um Patientenrechte.

Auf die Frage des Abg. Ritzek zu konkreten Auswirkungen von regionalen Interessen auf die Gesetzgebung in Brüssel führt Herr Dr. Stahl aus, dass die Kommission weniger Verordnungen und Richtlinien auf den Weg bringe, weil jetzt stärker auch die Folgen dieser Richtlinien für die Regionen und für Verwaltungen berücksichtigt würden.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zum Subsidiaritätsbericht erläutert Herr Dr. Stahl, dieser werde sowohl vom Bundesrat als auch von der Bundesregierung vorgelegt. Er spiegelt die nationale Diskussion wider, ginge jedoch nicht unmittelbar in den europäischen Gesetzgebungsprozess ein. Auf der Internetseite des Ausschusses der Regionen gebe es einen Kriterienkatalog, anhand dessen Subsidiarität bewertet werden könne. Dieser sei auch von den österreichischen Bundesländern übernommen worden.

Herr Dr. Stahl führt auf eine Frage des Abg. Fischer aus, dass es aufgrund der unterschiedlichen nationalen Interessen nicht ohne Weiteres möglich sei, nationale Partner einzubeziehen.

Abg. Franzen spricht das Problem an, dass die Ressourcen des Landtags begrenzt seien, besonders im Hinblick auf die Vielfalt der auf europäischer Ebene behandelten Themen. - Herr Dr. Stahl erwidert darauf, dass eine Möglichkeit, dieser Schwierigkeit zu begegnen, die von Schleswig-Holstein vorgenommene Schwerpunktsetzung sein könne. Eine Positionierung bei den für das Land entscheidenden Themen auf europäischer Ebene sei eine Möglichkeit, die Themenfülle zu reduzieren. Eine weitere Möglichkeit sei die Zusammenarbeit mit der Exekutive, die in bestimmten Sachfragen eine höhere Sachkompetenz habe als der Landtag. Eine Möglichkeit bestehe seiner Ansicht nach auch darin, dem Modell Österreichs zu folgen und zu einer stärkeren Spezialisierung unter den Bundesländern zu kommen, sodass es festgelegte Zuständigkeiten für bestimmte Themen zwischen den Ländern gebe. Dies werde von den großen deutschen Bundesländern allerdings zurückhaltender gesehen.

Auf eine Frage des Abg. Fischer nach der Einschätzung der Haltung Tschechiens zum Vertrag von Lissabon führt Herr Dr. Stahl aus, die positive Entscheidung sei sehr wichtig gewesen. Es sei ein gutes Beispiel, wie langfristige Europapolitik funktioniere. Auch die Vorgänge in Irland zeigten, dass man dort auch im Hinblick auf die herrschende Wirtschaftskrise nun froh sei, Mitglied der Europäischen Union zu sein und nicht nur ein Partner Amerikas. Man erwarte in Irland einen positiven Ausgang des Referendums.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ostseestrategie der Landesregierung

Umdruck 16/4193

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa

Zur Ostseestrategie führt M Döring aus, erstmalig erstelle die Kommission auf Wunsch Schwedens eine Strategie für einen Teil der Europäischen Union, die aber nicht nur für die Anrainerstaaten, sondern für die gesamte Europäische Union gelten solle. Der Grund, aus dem man die Ostsee ausgewählt habe, sei ihr hohes Wirtschaftswachstum und gute Vernetzung der Anrainerstaaten untereinander. Der Implementierungsprozess zur EU-Ostseestrategie sei im Februar abgeschlossen worden. Das weitere Vorgehen gestalte sich derart, dass unter schwedischer Ratspräsidentschaft im Herbst im Europäischen Rat beantragt werde, aus der Ostseestrategie Schlussfolgerungen zu ziehen, im Dezember solle der Europäische Rat einen Beschluss fassen.

Schleswig-Holstein habe nicht versucht, als Land eine Stellungnahme abzugeben, da die Anzahl der Regionen sehr groß sei. Man habe aber versucht, die Position des Landes über andere Gremien einzubringen, unter anderem über die Bundesregierung, über den Ausschuss der Regionen und über die BSSSC. Man habe auch die Chance genutzt, die Vorschläge der Kommission in informellen bilateralen Gesprächen vorzutragen.

Die bisher nur im Entwurf vorliegende Fassung der Strategie sei aus Sicht des Landes sehr erfreulich, da die Themen, die Schleswig-Holstein angestoßen habe, dort wiederzufinden seien. Ein Manko sei, dass Russland nicht eingebunden sei, was aber darauf zurückgehe, dass es sich zunächst um eine EU-Strategie handele, die auch EU-intern abgesprochen werden müsse. Er halte eine frühzeitige Einbindung Russlands jedoch für sehr wichtig.

Ein Projekt, das Schleswig-Holstein mit angestoßen habe, sei das Ostseegeschichtsbuch, das zur Schaffung einer gemeinsamen Ostseeidentität beitragen solle. In Workshops solle mit Wissenschaftlern, aber auch mit jungen Menschen die Geschichte der Ostsee aufgearbeitet werden. Dabei sei auch wichtig, die unterschiedlichen Sichtweisen der geschichtlichen Entwicklungen in den unterschiedlichen Ländern zu berücksichtigen. Insgesamt habe sich der Weg der Landesregierung, die Vorstellungen Schleswig-Holsteins über unterschiedliche Or-

ganisationen und Netzwerke in den politischen Prozess einzubringen, als erfolgreich erwiesen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk zur Rolle des Ostseerats führt M Döring aus, dieser sei nach wie vor ein wichtiges Gremium. Man habe sich jedoch in Schleswig-Holstein dazu entschieden, die Positionen über die Bundesregierung und andere Netzwerke in den Prozess einzuspeisen. Darüber hinaus habe der Ostseerat auch nach wie vor Probleme, seine neue Rolle zu finden, die sich nach dem Beitritt der baltischen Staaten und Polens zur Europäischen Union geändert habe. Man bemühe sich aber, dort positiven, informellen Einfluss zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktueller Sachstand zur Vorbereitung des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin

Berichterstatter: Abg. Hartmut Hamerich

Abg. Hamerich berichtet zum aktuellen Sachstand zur Vorbereitung des 7. Parlamentsforums. Zentrale Rolle spielen dabei die drei Themenbereiche, bei denen die Vorschläge Schleswig-Holsteins für anzuhörende Experten alle angenommen worden seien. Das kommende Parlamentsforum Südliche Ostsee im Mai 2010 werde aufgrund der dann geplanten Landtagswahl nicht von Schleswig-Holstein ausgerichtet werden.

Zum Ostseegeschichtsbuch ergänzt Abg. Hamerich, dass der Leiter der Academia Baltica, Herr Dr. Pletzing, vorgeschlagen habe, die Arbeit am Ostseegeschichtsbuch zu einem neuen Jugendprojekt zu machen. Eine Finanzierung könne aus den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln für Jugendprojekte erfolgen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2009

Umdruck 16/4253

Der Ausschuss nimmt die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2009, Umdruck 16/4253, zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Spoorendonk regt an, sich in einer weiteren Ausschusssitzung einen Sachstandsbericht über die Arbeit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) erteilen zu lassen.

Abg. Fischer regt an, im Europaausschuss die Planungen des DialogforumNorden berichtet zu bekommen, um die Arbeit stärker zu vernetzen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer